

Dienstag, 27. Mai 2008

Dissers Anwalt stellt FDP Ultimatum (Quelle Offenbach Post 27.05.2008)

Dienstaufsichtsbeschwerde: Freidemokraten sollen sich öffentlich entschuldigen und mindestens 12000 Euro Kosten tragen

Quelle Offenbach Post 27.05.2008

Mainhausen (sig) - Nachdem die Kommunalaufsicht des Kreises die von der Mainhausener FDP gegen Bürgermeisterin Ruth Disser angestrebte Dienstaufsichtsbeschwerde zurückgewiesen hat (wir berichteten), fordern die Freidemokraten nun weitere Unterlagen von der Verwaltungschefin. Diese reagiert darauf mit Unverständnis: Es handele sich dabei um Unterlagen, die der Gemeindevertretung und der Kommunalaufsicht bereits vorliegen. Auf eine Entschuldigung der FDP-Fraktion warte sie bisher vergeblich. In einer E-Mail habe die FDP ihr Misstrauen gegenüber der Kommunalaufsicht deutlich gemacht und angekündigt, den zuständigen Oberamtsrat einzuschalten. Dies zeige, so Disser, dass die FDP "weiterhin auf die nicht mehr zu überbietende widersprüchliche Verdrehung der eigentlichen Tatsachen zu bestehen scheint".

Die Rathauschefin habe durch ihren Anwalt Ingo-Endrick Lankau verlauten lassen, dass sie den Mainhausener Freidemokraten keine weitere Unterlagen zur Verfügung stellen werde, zumal deren Fehlen nach Argumentation der FDP "der Erhebung einer Dienstaufsichtsbeschwerde im Wege gestanden hätten". Lankau weist ausdrücklich darauf hin, dass die Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden, "Unterlagen, denen die FDP ohne weiteres hätte entnehmen können, dass ihre Vorwürfe unbegründet sind". Im Übrigen bleibe es der FDP unbenommen, Akteneinsicht bei der Dienstaufsichtsbehörde zu nehmen. Der Jurist sieht die Verantwortung allein bei der FDP dafür, dass ohne Substanz eine Dienstaufsichtsbeschwerde vorgebracht wurde, mit der die Liberalen "in vollem Umfang gescheitert" sind. "Es wäre die Pflicht der FDP gewesen, statt unrichtiger oder unzureichender Behauptungen, greifbares Material vorzulegen", unterstreicht Lankau. Angesichts dessen verbindet Rechtsanwalt Lankau zwei Forderungen mit seiner Antwort. So solle sich FDP-Fraktionsvorsitzender Friedrich Weißbarth öffentlich bei Disser entschuldigen. Außerdem erwarte er eine Übernahmeerklärung für die entstandenen Kosten, die Disser mit "mindestens 12 000 Euro" bezifferte. Beides solle bis Montag, 2. Juni, geschehen sein.

Rechtsanwalt Lankau wirft der FDP vor, "durch die rein parteitaktisch begründete Denunziation von Bürgermeisterin Disser, gegen besseres Wissen und unter Verwendung fehlerhafter Angaben, sehr hohe Kosten verursacht zu haben". Die Rathauschefin habe einen Rechtsanspruch gegen die Gemeinde auf Erstattung dieser Kosten, den sie nun, nach Zurückweisung der gegen sie zu Unrecht erhobenen Vorwürfe, geltend machen werde. Inwieweit die Gemeinde diese Kosten dann - unter dem Gesichtspunkt der vorsätzlich sittenwidrigen Schädigung - bei der FDP geltend machen werde, prüfe das Anwaltsbüro derzeit.

"Es wird die Aufgabe der FDP sein, der Öffentlichkeit zu erklären, aus welchem Grund die Gemeinde die Kosten aus allgemeinen Steuergeldern tragen soll, nur weil die FDP-Fraktion glaubte, mit einer ungehörigen Schmutzkampagne und einer Denunziation der Bürgermeisterin einen politischen Kampf gegen sie zu führen," so Rechtsanwalt Lankau.

Disser bedauert, dass kein Weg zur sachlichen politischen Arbeit zurück gefunden wird. "Scheinbar ist die FDP nicht bereit einzulenken. Ihr Vorgehen schadet der Gemeinde in der öffentlichen Darstellung und auch finanziell." Besinne sich die FDP nicht, werde sich der Gemeindevorstand mit der Frage der Kostenbegleichung beschäftigen, so Disser.

Quelle Offenbach Post 27.05.2008



www.spd-mainhausen.de

SPD Mainhausen, V.i.S.d.P. Gisela Schobbe, Schillerstraße 68, 63533 Mainhausen